

Thüringer Polizei unter Druck: Ist die Neutralität gefährdet?

Polizei Thüringen unter Generalverdacht: Interims-Chef Quittenbaum warnt vor AfD-Einfluss. Gewerkschaft kritisiert Gesinnungstest.

Konflikt um Neutralität: Die AfD und die Thüringer Polizei

In Thüringen wurde ein Debattenfeld eröffnet, das die Frage nach der politischen Neutralität von Polizisten betrifft. Interims-Polizeichef Thomas Quittenbaum (55, SPD) äußerte in einem eindringlichen Schreiben Bedenken hinsichtlich des Einflusses rechtsextremer Ansichten innerhalb der Landespolizei, die rund 6300 Beamte zählt. Seine Warnungen kommen fünf Wochen vor den richtungsweisenden Landtagswahlen und werfen ein Schlaglicht auf das Vertrauen in die Integrität der Polizeiarbeit.

Ein ernstes Anliegen für die Polizeigemeinschaft

Quittenbaum betont in seinem Schreiben die Notwendigkeit, alle Beamten und Tarifbeschäftigten an ihre Pflicht zur Verfassungstreue zu erinnern. Dabei verweist er auf die Einstufung der AfD als rechtsextreme Partei durch den Verfassungsschutz. Diese öffentliche Warnung sorgt nicht nur für Unruhe, sondern wird auch von der Thüringer Polizeigewerkschaft (GdP) scharf kritisiert.

Kritik an Generalverdacht und Misstrauen

Mandy Koch (42), die Vorsitzende der GdP in Thüringen,

bezeichnet das Vorgehen als problematisch. „Das Schreiben stellt alle Polizisten unter Generalverdacht“, erklärt sie. Obwohl keine Parteizugehörigkeit erfasst wird, ist der Diensteid der Beamten auf Neutralität klar definiert. Koch warnt vor den Konsequenzen eines solchen Misstrauens und fordert eine differenzierte Betrachtungsweise.

Politische Mitgliedschaften im Fokus

Die Frage, ob Polizisten Mitglied der AfD sein dürfen, ist ebenfalls relevant. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) hebt hervor, dass eine Mitgliedschaft an sich keine dienstrechtlichen Konsequenzen haben sollte, es sei denn, die politische Aktivität beeinflusst die Neutralität im Dienst. Dennoch gibt es klare Richtlinien: Mitglieder, die verfassungsfeindliche Äußerungen bei politischen Veranstaltungen verbreiten, müssen mit Konsequenzen rechnen.

Vergangenheit und Wiederholung an der Tagesordnung

Ähnliche Vorfälle sind nicht neu. Vor einem Jahr sorgte ein vergleichbarer Vorfall in Sachsen für Aufsehen, und bereits vor drei Jahren wurden in Thüringen ähnliche Belehrungen ausgesprochen. Die wiederholte Auflage solcher Briefe wird durch die wachsende Zahl an Neueinstellungen begründet. Offiziellen Angaben zufolge gibt es in der Thüringer Polizei nur eine handvoll AfD-Mitglieder, während die tatsächliche Zahl wahrscheinlich höher ist, insbesondere angesichts eines Wähleranteils von rund 30 Prozent für die AfD im Freistaat.

Rechtliche Rahmenbedingungen für Beamte

Beim Bundesinnenministerium gelten strengere Vorschriften. Laut dem Bundesdisziplinargesetz können sich beamtenrechtliche Konsequenzen ergeben, wenn ein Beamter einer vom Bundesverfassungsschutz als verfassungsfeindlich

eingestuften Partei angehört. Diese Regelung könnte die Diskussion in Thüringen weiter anheizen und das Vertrauen in die Polizei gefährden.

In Anbetracht der aktuellen politischen Landschaft und der Rolle der Polizei ist diese Debatte von hoher Brisanz. Ob die Bemühungen um politische Neutralität letztlich zu mehr Vertrauen oder zu weiterem Misstrauen in die Sicherheitskräfte führen, bleibt abzuwarten.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de